

PRESSEMITTEILUNG

Brok: US-Alleingänge in Nahost nicht hilfreich – Dressler: Nur kleines Zeitfenster Nahost-Symposium für Druck des Nahost-Quartetts – Polenz: Siedlungsausbau stoppen

Münster, 28. Januar - Ein verstärktes Engagement der Europäischen Union in der Nahost-Frage hat der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Europa-Parlaments, Elmar Brok, angekündigt. Zum Auftakt eines Symposiums der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO) in Münster wies Brok am Wochenende ebenso wie der frühere deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dressler, darauf hin, dass das Zeitfenster für konstruktive und erfolgreiche Lösungsansätze im Nahen Osten sehr klein sei. Brok unterstrich weiter, dass er den Ansatz unterstütze, Friedensmöglichkeiten mit Hilfe des Nahost-Quartetts aus Vertretern aus den USA, Russland, UN und EU auszuloten. Alleingänge wie der Besuch der US-Außenministerin in der Region seien dagegen kein Schritt in die richtige Richtung. Allein seien dort auch die USA keine Autorität mehr. Nur in der Mischung, in der Gemeinsamkeit des Auftritts erwachse in der Region Glaubwürdigkeit auf Sicherheitsgarantien für einen lebensfähigen palästinensischen Staat und die Sicherheit Israels. Syrien bezeichnete der Ausschussvorsitzende als ein Schlüsselland, das mit wesentlichen ökonomischen Vorteilen für eine Lösung gewonnen werden sollte.

Dressler warnte auf dem Nahost-Symposium eindringlich davor, Zeit zu verlieren. Er wies in diesem Zusammenhang auf die demografische Entwicklung im Nahen Osten und in Israel hin. In naher Zukunft sei die Mehrzahl der Bewohner palästinensischer Herkunft. Wenn, so Dressler, dies nicht dazu führen solle, dass in Israel eine Minderheit die Mehrheit beherrsche, so müsse bald ein palästinensischer Staat geschaffen werden - „und zwar ein lebensfähiger“. Ansonsten könne eine Apartheid-Politik wie im früheren Südafrika die Folge sein. Voraussetzung für alle Lösungswege sei aber, dass die Existenz und die Sicherheit Israels von allen Seiten garantiert und akzeptiert werde. Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, unterstrich auf der Tagung, dass die israelische Siedlungspolitik „unter keinen Umständen“ hilfreich sei. Die Internationale Gemeinschaft müsse deutlich machen, dass der Siedlungsausbau auch ohne Gegenleistung der Palästinenser aufhören müsse.

Für die Nahost-Initiative warb der frühere EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock für „nüchterne, pragmatische Lösungen“. Dabei komme man an einer kritischen Betrachtung des Religiösen nicht vorbei. Der Staat als politische Realität dürfe nicht religiös überhöht werden. Als Vertreter der Nahost-Initiative sprach sich Kock für einen „nüchternen Ausgleich“ der Interessen aus und forderte einen vereinten Druck des Nahost-Quartetts, um den Frieden in der Region zu sichern. Zugleich wies er darauf hin, dass man das Nahost-Problem nicht betrachten könne, ohne auch die Politik Israels kritisch zu betrachten. Dabei mahnte er zugleich Sachlichkeit und Sachgerechtigkeit an. Die Situation Israels in einer politischen Krisenregion und seine Bedrohung durch den Terrorismus müssten besonders berücksichtigt werden. Zugleich warnte er Kritiker davor, durch eine falsche Terminologie dem Antisemitismus neue Nahrung zu geben.

Rückfragen: Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO) Jürgen Bremer, Tel: 0172-2537960